

Kleine Anfrage

des Abg. Andreas Glück FDP/DVP

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Energieeffizienzvorgaben für Flüchtlingsunterkünfte

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Neubauten wurden in den vergangenen fünf Jahren für die Unterbringung von Asylbewerbern in Baden-Württemberg durch Land, Kreise und Kommunen errichtet?
2. Wie viele Bestandsgebäude (Wohn- und Nichtwohngebäude) wurden in den vergangenen fünf Jahren in Baden-Württemberg im Wege einer Nutzungsänderung für die Unterbringung von Asylbewerbern durch Land, Kreise und Kommunen erschlossen?
3. Inwieweit und wie oft haben die zuständigen Landesbehörden in Baden-Württemberg bisher bei der Schaffung von Wohnraum für Asylbewerber in Bestandsgebäuden bzw. in Neubauten eine Befreiung nach § 25 Absatz 1 Energieeinsparverordnung erteilt?
4. Inwieweit ermöglicht § 19 Absatz 2 des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes Baden-Württemberg (EWärmeG) vergleichbare Ausnahmen und Befreiungen bei der Schaffung von Wohnraum für Asylbewerber in Bestandsgebäuden bzw. in Neubauten (Wohn- und Nichtwohngebäude)?
5. Inwieweit und wie oft wurden vor diesem Hintergrund bereits Ausnahmen und Befreiungen nach § 19 Absatz 2 des EWärmeG gewährt?
6. Sieht sie diesbezüglich gesetzgeberischen Handlungsbedarf, um einen flexibleren und unbürokratischeren Umgang mit dem EWärmeG zu gewährleisten?

7. Wie beurteilt sie verwaltungsökonomisch die Forderung, die Energieeinsparverordnung 2014 zu ändern, um die Bearbeitung der entsprechenden Befreiungsanträge einzusparen?

29.09.2015

Glück FDP/DVP

Antwort

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2015 Nr. 6-4503.-1/19 beantwortet das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft sowie dem Ministerium für Integration die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Wie viele Neubauten wurden in den vergangenen fünf Jahren für die Unterbringung von Asylbewerbern in Baden-Württemberg durch Land, Kreise und Kommunen errichtet?*

Im Rahmen der Erstaufnahme von Asylbewerbern hat das Land keine Neubauten während der letzten fünf Jahre errichtet.

Im Rahmen der vorläufigen Unterbringung von Asylbewerbern wurden in den vergangenen fünf Jahren nach Mitteilung der Regierungspräsidien insgesamt 93 Neubauten errichtet. Zusätzlich wurden von einem Landkreis zwei Gebäude angemietet, die von zwei Kommunen erbaut wurden.

Die Angaben beziehen sich jeweils auf den Stand Ende September 2015.

Über die Anzahl an Neubauten, die in den vergangenen fünf Jahren im Rahmen der Anschlussunterbringung durch Kommunen errichtet wurden, liegen dem Integrationsministerium Baden-Württemberg keine Angaben vor.

- 2. Wie viele Bestandsgebäude (Wohn- und Nichtwohngebäude) wurden in den vergangenen fünf Jahren in Baden-Württemberg im Wege einer Nutzungsänderung für die Unterbringung von Asylbewerbern durch Land, Kreise und Kommunen erschlossen?*

Das Land hat folgende sechs ehemalige Kasernen im Wege einer Nutzungsänderung für die Erstaufnahme von Asylbewerbern erschlossen: Meßstetten (Zollernalb-Kaserne), Ellwangen (Reinhardt-Kaserne), Heidelberg (Patrick-Henry-Village), Mannheim (Benjamin-Franklin-Village), Hardheim (Carl-Schurz-Kaserne) und Sigmaringen (Graf-Stauffenberg-Kaserne). Des Weiteren wurden Gebäude in der Felsstraße in Karlsruhe sowie die Gebäude der Polizeiakademie in Wertheim umgenutzt.

Für die ehemalige Fürstenberg-Kaserne in Donaueschingen ist eine Nutzungsänderung geplant. Gleiches gilt für die ehemaligen Wohnungen der französischen Militärangehörigen in Villingen-Schwenningen und ein ehemaliges Hotel in Sasbachwalden.

Gemäß der Mitteilung der Regierungspräsidien haben die Kreise in den vergangenen fünf Jahren insgesamt 657 Bestandsgebäude für die vorläufige Unterbringung von Asylbewerbern im Rahmen einer Nutzungsänderung erschlossen.

Die Angaben beziehen sich jeweils auf den Stand Ende September 2015.

Über die Anzahl der Bestandsgebäude, die im Rahmen der Anschlussunterbringung durch Kommunen im Wege einer Nutzungsänderung erschlossen wurden, können keine Angaben gemacht werden.

3. *Inwieweit und wie oft haben die zuständigen Landesbehörden in Baden-Württemberg bisher bei der Schaffung von Wohnraum für Asylbewerber in Bestandsgebäuden bzw. in Neubauten eine Befreiung nach § 25 Absatz 1 Energieeinsparverordnung erteilt?*

Das Umweltministerium hat als zuständige Landesbehörde bisher keine Befreiungen nach § 25 Abs. 1 Energieeinsparverordnung (EnEV) für die Schaffung von Wohnraum für Asylbewerber erteilt.

4. *Inwieweit ermöglicht § 19 Absatz 2 des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes Baden-Württemberg (EWärmeG) vergleichbare Ausnahmen und Befreiungen bei der Schaffung von Wohnraum für Asylbewerber in Bestandsgebäuden bzw. in Neubauten (Wohn- und Nichtwohngebäude)?*

Das EWärmeG gilt nur für Bestandsgebäude, die vor dem 1. Januar 2009 errichtet wurden. Nach § 19 Abs. 2 EWärmeG ist von der Nutzungspflicht auf Antrag ganz, teilweise oder zeitweise zu befreien, soweit und solange diese im Einzelfall wegen besonderer Umstände zu einer unzumutbaren Belastung führen würde. Als Regelbeispiel wird in Satz 2 die fehlende Finanzierungsmöglichkeit aufgeführt.

Sollte es im Zusammenhang mit der Schaffung von Aufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende und Flüchtlinge durch die Einhaltung des EWärmeG beispielsweise zu einer erheblichen Zeitverzögerung bei der Beziehbarkeit der Räumlichkeiten kommen, kann die zuständige Behörde im Rahmen einer Einzelfallentscheidung, soweit und solange eine unzumutbare Belastung vorliegt, von der Nutzungspflicht befreien. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die neue Heizanlage ohnehin und zunächst unabhängig vom EWärmeG eingebaut werden wird und der Eigentümer 18 Monate Zeit hat, die gesetzliche Nutzungspflicht zu erfüllen und nachzuweisen. Das Gebäude dürfte in der Regel auch unmittelbar nach dem Einbau einer neuen Heizanlage nutzbar sein.

Bei Gebäuden, die zum Abbruch bestimmt sind, nunmehr aber für einen begrenzten, vorübergehenden Zeitraum weitergenutzt werden sollen und den Einbau einer neuen (zentralen) Heizung erfordern, ist eine (teilweise) Befreiung im Einzelfall möglich.

5. *Inwieweit und wie oft wurden vor diesem Hintergrund bereits Ausnahmen und Befreiungen nach § 19 Absatz 2 des EWärmeG gewährt?*

Eine Abfrage bei den zuständigen Vollzugsbehörden hat ergeben, dass von § 19 Abs. 2 EWärmeG im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen bislang in zwei Fällen Gebrauch gemacht wurde.

6. *Sieht sie diesbezüglich gesetzgeberischen Handlungsbedarf, um einen flexibleren und unbürokratischeren Umgang mit dem EWärmeG zu gewährleisten?*

Angesichts der Antworten zu den Ziffern 4 und 5 sieht die Landesregierung derzeit keinen Handlungsbedarf für eine gesetzliche Änderung.

7. *Wie beurteilt sie verwaltungsökonomisch die Forderung, die Energieeinsparverordnung 2014 zu ändern, um die Bearbeitung der entsprechenden Befreiungsanträge einzusparen?*

Anstelle eines förmlichen Befreiungsverfahrens wäre auch eine Regelung denkbar gewesen, die bestimmte Pflichten aus der Energieeinsparverordnung (EnEV) ohne Verwaltungsverfahren soweit entfallen lässt, als sich durch die Erfüllung dieser Pflichten im Einzelfall der jeweilige Nutzungsbeginn erheblich verzögern würde. Die Beurteilung obläge in diesen Fällen dem Bauherrn.

Die geplanten Änderungen des Bundesgesetzgebers sehen bis 31. Dezember 2018 neben der klarstellenden Regelung in § 25 a Abs. 2 EnEV auch materielle Erleichterungen bei der Schaffung von Aufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften vor, wie z.B. bei der Errichtung von Containerbauten/provisorischen Gebäuden mit einer geplanten Nutzungsdauer von maximal 5 Jahren. Darüber hinaus sind Gebäude, die bis zum 31. Dezember 2018 geändert, erweitert oder ausgebaut werden, um sie als Aufnahmeeinrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft zu nutzen, unter Wahrung des Mindestwärmeschutzes von den Anforderungen des § 9 EnEV befreit. Zudem entfällt für Gebäude, die als Aufnahmeeinrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft genutzt werden, bis 31. Dezember 2018 die Pflicht zur Dämmung der obersten Geschossdecke.

Die Anzahl der Befreiungsanträge dürfte vor diesem Hintergrund eher gering sein.

In Vertretung

Meinel

Ministerialdirektor